

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugpreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark
Eingelnummern 15 Goldmark (nur gegen Voreinsendung des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter Felix Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adenstraße 10
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Zum zweiten Male in diesem Jahre werdet ihr an die Wahlurne gerufen. Der Inflationär-Reichstag, eine zu ernster gesetzgeberischer Arbeit unfähige Körperschaft, ist aufgelöst und in die Hand der Wähler ist von neuem das Schicksal des Deutschen Reiches gelegt worden.

Vor dem Kriege galt die deutsche Arbeiterklasse als die politisch am besten geschulte der Welt. Einig und geschlossen sandte sie bei jeder Wahl in wachsendem Maße ihre Vertreter in den Reichstag und damit wuchs von selbst ihr politischer Einfluß, soweit er in einem Staate, in dem der Reichstag nicht viel bedeutete, wachsen konnte.

Heute ist der Reichstag ganz etwas anderes. Heute geht die politische Macht vom Volke aus und der Reichstag ist berufen, diese Macht zu verkörpern. Wie er zusammengesetzt ist, ist die Regierung zusammengesetzt, die er halten oder stützen kann, je nachdem er ihre Arbeit bewertet. So wählt heute der Wähler nicht nur den Reichstag, er wählt auch die Regierung. Seine Verantwortung bei der Wahl ist damit gegenüber der Arbeiterklasse nicht mehr einig und geschlossen da. Anstatt dem gemeinsamen Gegner auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet auch dort in geschlossener Front gegenüberzutreten, wo die Machtverhältnisse gesetzliche Formen erhalten, wüten die Arbeiter gegeneinander, wobei sie ihre eigene Macht zerstören. Der Krieg und das Elend der ihm folgenden Jahre haben die politische Erziehung des heranwachsenden Geschlechtes verhindert. Das Schlagwort konnte an die Stelle der politischen Einsicht treten. Das muß wieder anders werden.

Es wird von den Leuten, die sich Kommunisten nennen und die geschäftsmäßig die Zermürbung und Zerstörung der Arbeiterorganisationen von innen aus betreiben, soviel vom Klassenkampf geredet. Dabei drücken sie eine der wichtigsten Stützen des Klassenkampfes auf den Boden einer Kadaverbühne hinunter, in dem Bestreben, den Arbeitern den Reichstag und den Parlamentarismus zu vernein. Ober ist der Reichstag keine Stütze des Klassenkampfes. Ist es für die Arbeiter ohne Bedeutung, ob dort wüste Vorkämpfer aufgeführt werden oder praktische Arbeit geleistet wird?

Wo wird die Frage entschieden, ob wir den gesetzlichen Achtstundentag wieder bekommen sollen? Im Reichstag. Wo wird das Arbeitsvertragsgesetz, die Entlohnungs-

ordnung, das Tarifgesetz gestaltet? Wo wird die Arbeitslosenversicherung und wo wird die Reichsversicherungsordnung den Verhältnissen angepaßt? Im Reichstag.

Wo allein ist es möglich, das Koalitionsrecht zu sichern und die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften durchzusetzen? Im Reichstag. Wo wird die Verteilung der Lasten gesetzlich geregelt, die der Dawesplan uns gebracht hat? Wo wird über die Zollpolitik entschieden? Im Reichstag. Mit all diesen Gesetzen wird sich der Reichstag, der am 7. Dezember gewählt wird, zu beschäftigen haben.

Gewerkschaftsmitglieder! Ihr seht, es handelt sich bei der Wahl nicht allein um hochpolitische Fragen, es geht auch um euer besonderes Recht. Es geht um die Bedingungen, unter denen ihr in der Fabrik und in der Werkstatt arbeiten sollt. Es geht um euer tägliches Brot. Eure Klasseninteressen sind es, um die im Reichstag gekämpft wird. Und dieser Kampf kann nicht mit Kinderspielen geführt werden, wie es die Kommunisten tun, es gilt ernste, sachkundige Arbeit zu leisten.

Gewerkschaftsmitglieder! Es gibt nur eine Partei, auf die in all diesen Fragen Verlaß ist. Das ist die Sozialdemokratische Partei. Die bürgerlichen Parteien sind alle mehr oder weniger abhängig von euren Klassegegnern, den Unternehmern. Von ihnen könnt ihr keine Hilfe erwarten. Und die Kommunisten? Ihnen habt Gelegenheiten, deren Spaltungsarbeit zu beobachten, die die Kraft der Arbeiterklasse schwächt, die Macht der Kapitalistenklasse stärkt.

Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen! Gebt eure Stimme der Sozialdemokratischen Partei! Sie war es, die euch durch ihre Volksbeauftragten erst das Wahlrecht in Reich, Land und Gemeinde gegeben hat, damit der politischen Einflußlosigkeit des weiblichen Teils der Bevölkerung ein Ende gemacht werde.

Die deutschen Arbeiter müssen ihrem alten Ruf wieder Ehre machen, und ihr, Gewerkschaftsmitglieder, ihr seid der Vorkämpfer. Laßt euch nicht einfangen von Schlagworten. Werbt für die Partei erster proletarischer Arbeit. Wählt am 7. Dezember sozialdemokratisch!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Um unser Wohl und Wehe

Am siebenten Dezember. Durch alle deutschen Gassen ziehen Scharen Männer und Frauen zu den Wahlstellen. Hier machen sie auf dem Stimmzettel am Kopfe irgendeiner Parteiliste ein Kreuz, stecken den Zettel in die Urne. Am Abend werden allerwärts die Stimmen gezählt, an dem Tage verkünden die Zeitungen, wieviel von dieser oder jener Partei Kandidaten verloren sind. Eine einfache Sache das Abstimmens; manche scheinen es indessen für so unwichtig zu halten, daß sie sich nicht zur Urne bemühen, sondern daheim bleiben und es den anderen überlassen.

Das Abstimmens ist zwar einfach, aber eine höchst wichtige Angelegenheit. Es ist das oberste Grundrecht eines politischen Völkers. Es ist das Recht, nach der besten aller Kulturvölker gestritten, geküßt und gebüßt haben. Die Unterbrüder aller Völker und Zeiten, vor allem die deutschen Konserverativen und Nationalliberalen, nach der Firmenänderung Deutschnationale und Volksparteiler geheiß, wählten wohl, warum sie sich gegen die Gewährung des gleichen Wahlrechts an die unteren Schichten mit Klauen und Zähnen sträubten. Denn es ist das Recht, mitzubestimmen, wie der Staat oder seine Bürger, wie du und ich regiert werden sollen. Es ist das Recht, festzusetzen, ob der Arbeiter bei der Gütererzeugung geschützt oder mißhandelt, ob die Steuern vom kargen Verdienst der Proletarier oder vom mühseligen Gewinn der Reichen gedeckt, ob die Nahrungsmittel durch Zölle und Abgaben verteuert oder durch freie Einfuhr und sonstige Maßnahmen verbilligt werden sollen. Kurz, es ist das überaus wichtige Recht, über meine Wohlfahrt als Bürger und Arbeiter, über das eigene und meines Volkes Schicksal zu entscheiden. Ein solches Recht kann ganz bestimmt nicht nebenächlich sein. Und wer es auszuüben unterläßt, der darf sich nicht beklagen, wenn er beherrscht, mißregiert, unterdrückt, wie ein Unmündiger behandelt wird.

Die Notwendigkeiten des Londoner Abkommens sind im Grunde nichts anderes als die Wiedergutmachung der Kriegsschäden, die Bezahlung der Reparationen. Daß Deutschland Jahr für Jahr 2500 Millionen Mark zu entrichten hat, ist hinlänglich bekannt. Wer soll diese Riesensummen aufbringen? Die Waffe der armen Teufel, die an dem Krieg und an den wahnwitzigen Verwüstungen völlig unschuldig sind? Oder die, welche zum Kriege gehen, die ihn führten, um fremde Rohstoffgebiete zu erbeuten und darum die Beendigung des Massenmordes immer wieder verweigerten, für die der Krieg ein prächtiges Geschäft war? Diese schicksalsschwere Entscheidung hat der nächste Reichstag zu treffen. Dies weiß niemand besser, als die Kriegsschuldigen, vom Krieg profitierenden Sippen. Nicht umsonst werfen sie jetzt Millionen aus zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, zur Vernebelung der Wähler. Ihre papierernen Schreimäshinen verkünden aufs neue, daß die bürgerlichen Parteien das deutsche Volk herrlichen Zeiten entgegenzuführen wollen. Wie sie das meinen, das sollte eigentlich nur jeder Arbeiter wissen. Die Millionen, die jetzt der Großunternehmer v. Borjig von den Industriellen für den Dunnenfang sammelt, hoffen sie vervielfältigt wieder hereinzubekommen durch mehr oder weniger völlige Befreiung von den Kriegslasten. Ob sich diese Hoffnung erfüllt, wird von der Zusammenlegung des nächsten Reichstages abhängen. Durch seine Entscheidung wird das Wohl und Wehe der Arbeiterklasse auf Jahrzehnte hinaus bestimmt. Die Entscheidung des Reichstages werden die Arbeiter an ihren Wotbissen, dem Einkommen, der Arbeitszeit spüren - wenn die Wahl zugunsten der kapitalistischen Parteien ausfällt. Kehren diese nicht erheblich geschwächt in den Reichstag zurück, dann wird keine Macht der Erde verhindern können, daß die Arbeiterklasse den schwersten Teil der Kriegslast aufgebürdet bekommt.

So wird am 7. Dezember darüber entschieden, wer die Kriegsschulden zu bezahlen hat.

In einer Zeit, wo die Gewerkschaften durch Arbeitslosigkeit und Geldentwertung geschwächt, ist der deutschen Arbeiterklasse der Achtstundentag geraubt worden. An diesem schmachvollen Raub sind Fabrikanten von allen bürgerlichen Parteien beteiligt. Er wurde durch Lun und Unterlassen von dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, einem Führer des christlichen Zentrums, sehr erleichtert. Der Raub wurde mit der Notwendigkeit, die Produktion zu verbilligen oder die Preise herabzusetzen, begründet. Obwohl nun seit langem ein starker Teil der Arbeiterklasse täglich anstatt acht neun, zehn und noch mehr Stunden für den nämlichen oder noch geringeren Lohn, der einst für acht Stunden gezahlt, schankt, hat man von einer Senkung der Freize nichts gemerkt. Was die Arbeiter in der längeren Fronnarbeit, stehen die Unternehmern als Mehrerwerb ein. Die Verlängerung der Arbeitszeit nützt niemandem als den Unternehmern. Mit ihr läuft der Raub des Achtstundentages auf einen Raub an des Arbeiters Freizeit, Gesundheit und Lebensdauer hinaus. Der neue Reichstag wird über den sozialdemokratischen Antrag auf Verkürzung des Achtstundentages, zu befinden haben. Es ist einleuchtend, daß wenn die Parteien, die von den Industriellen Wahlgelder und Anwesenheiten erhalten, in der Mehrheit sind, an die Annahme des sozialdemokratischen Antrages, an die Verkürzung des überlangen Arbeitstages nicht zu denken ist. Eine noch weitere Verlängerung ist dann wahrscheinlich.

So wird am 7. Dezember auch über den Achtstundentag entschieden.

Eine reiche Zahl von Lohnbewegungen finden vor dem Schlichtungsamt ihr Ende. In der Regel entscheidet der amtliche Schlichter, ob das Verlangen der Arbeiter auf Lohn-erhöhung oder die Forderung der Unternehmer auf Lohnverschlechterung gelten soll. Von dem Spruch des Schlichters hängt es demnach ab, ob die Arbeiterfamilie ein paar Groschen mehr für Brot und Kleidung erhält oder ob der Fabrikant seinen Gewinn noch weiter mehren kann. Die Schlichter aber erhalten ihre Weisungen über das Maß ihres Entgegenkommens nach der einen oder der andern Seite vom dem Ministerium. Es kann daher der Arbeiterschaft nicht gleichgültig sein, was für ein Mann an der Spitze des Ministeriums steht, ob ein Sozialist oder Anhänger einer bürgerlichen Partei, die vom kapitalistischen Geiste befeelt ist. Die Minister aber gehen aus dem Reichstag hervor. Ist dieser in seiner Mehrheit aus unternehmerfreundlichen Parteien gebildet, werden die Minister unternehmerfreundlich sein. Und dementsprechend werden die Weisungen an die amtlichen Schlichter lauten.

So wird am 7. Dezember auch über die Spruchpraxis des Lohnämter entschieden.

Viele Hunderte von kommunistischen Arbeitern sind zu empörenden langen Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt worden. Ob sie sich der behaupteten Vergehen gegen die Befehle der Republik schuldig gemacht haben oder nicht, bleibt dahingestellt. Es genügt die Tatsache, daß sich eine lange Reihe von Nationalisten und Angehörigen der alten Offizierskaste gleichfalls und jedenfalls in nicht geringerem Maße gegen die Republik veründigt haben, ohne daß sie entsprechend bestraft worden wären. In der Regel kamen sie mit lächerlich geringen Strafen davon, wenn sie überhaupt prozessiert wurden. Das, was bei nationalistischen Missetätern so namenlos nachsichtig von der Justiz geahndet wird, kann unmöglich bei kommunistischen Arbeitern ein mit Zuchthaus zu ahnendes Verbrechen sein. Wenn die einen frei herumgehen können, ohne daß der Staat darunter leidet, so müssen es auch die andern können. Gleiches Recht für alle. Es muß darum alles daran gesetzt werden, daß die verurteilten Arbeiter mindestens nicht anders behandelt werden, wie die reaktionären Übeltäter. In der biblischen Zeit genügten schon Bosanen, um Mauern umzuwerfen. Da die deutschen Zuchthaus- und Gefängnismauern stärker sind, so werden sie nicht mit Bosanen, schon gar nicht mit Kindertrompeten, Trillerpfeifen und Autohuben zu öffnen sein, sondern kaum anders als durch Verstandigung mit all den Kräften und Abgeordneten, die der Verfassung der Arbeiter geneigt sind. Solange dazu auch nichtsozialistische Abgeordnete benötigt werden, dürfte es höchst unklug sein, sie abzustößen. Das beste, ja das einzige Mittel, die Freilassung bald zu bewerkstelligen, ist eine sozialistische Mehrheit.

So wird am 7. Dezember auch über die Freilassung der kommunistischen Arbeiter entschieden.

Noch niemand weiß, wieviel Jahre Deutschland die 2500 Millionen an die Sieger zu zahlen hat. Es ist natürlich für uns von ungeheurer Wichtigkeit, daß die Dauer der Zahlung möglichst bald und auf möglichst wenige Jahre festgelegt wird. An die Regelung dieser unsere Zukunft schwer beschattenden Frage wird jedoch erst dann gegangen werden, wenn eine friedlichere Stimmung die Völker beherrscht und sich ihr Vertrauen in das demokratische Deutschland gefestigt hat. Es ist klar, daß das Säbelrasen der Offiziere und das Revanegeschrei der Nationalisten das Werden einer friedlicheren Weltstimmung erschwert, rein unmöglich macht. Als Maßstab für unsere friedliche und demokratische Stimmung nehmen die fremden Völker in erster Linie die Zusammenlegung des Reichstages. Bleiben in diesen wieder dermaßen viel völkische Offiziere und sonstige reaktionäre ein, dann können wir sicher sein, daß draußen in der Welt wenig Geneigtheit zur Regelung und Herabsetzung der Dauer der Reparationszahlung besteht. Je mehr ehrliche Demokraten und Sozialisten gewählt werden, desto größer die Aussicht auf Milderung und Herabsetzung der Tributzahlung.

So wird am 7. Dezember auch über die Erleichterung unserer Kriegsschuldenlast entschieden.

Damit soll es mit der Aufzählung der Dinge, die am Wahltage entschieden werden, sein Bewenden haben. Denn an diesen paar Beispielen dürfte der Arbeiter schon inne werden, wieviel ungeheure Bedeutung die Reichstagswahl hat. Sie entscheidet, ob sich unsere Lebenslage verbessert oder verschlechtert, ob sich unsere Rechte und Freiheiten vermehren oder vermindern, ob des Proletariats Zukunft lichter oder noch dunkler wird. So haben es die arbeitenden Schichten am 7. Dezember in der Hand, dafür zu sorgen, daß eine Verbesserung eintritt. Zu diesem Zwecke hat jeder Arbeiter an Wahltag sein oberstes staatsbürgerliches Recht auszuüben, richtig auszuüben. Und bis dahin jede Stunde, jede Minute darauf zu verwenden, daß alle seine Klassen Genossen und Genossinnen das gleiche tun. Diese proletarische Pflicht nur halb oder gar nicht erfüllen, dürfte sich schwer rächen. Am 7. Dezember gehts ums Wohl und Wehe der Arbeiterklasse von heute und morgen. Und wer für ihr Wohl am nachdrücklichsten wirken will, dem ist zu raten: Wähle sozialdemokratisch.

Die „gute alte Zeit“

Man sagt oft darüber, daß die Menschen doch ein recht kurzes Gedächtnis haben. Diese Frage erscheint namentlich bei solchen als angebracht, die an der deutschen Republik — teils zwar mit Recht, teils aber auch mit Unrecht — viel auszusetzen haben. Vor allen Dingen scheinen solche Leute ganz vergessen zu haben, wie wenig Bewegungsfreiheit die organisierte Arbeiterklasse noch vor wenigen Jahrzehnten hatte, daß aber ihre Gegner der größten Bewegungsfreiheit, Schimpf- und Betätigungsfreiheit erfreuten und sie recht oft nicht nur zum Schaden der Arbeiterklasse, sondern auch häufig zum Schaden der Allgemeinheit anwandten. Den üppigsten Gebrauch von solcher einseitigen Betätigungsfreiheit machte der Hohenoller, der vor sechs Jahren sein „kostbares Leben“ nach Holland hinfüberrettete. Er befand sich damals auf der „Höhe seiner Macht“. Allerdings glaubte er in Deutschland ein „persönliches Regiment“ führen zu können und war doch weiter nichts als das Werkzeug der damals erst richtig hochkommenden Schwerindustrie. Die Schwerkraft der Leber des Hohenollers gab die Summe, die die Bewilligung der Arbeiterwünsche erfordern sollte, für Streikbrecher aus. Diese wurden oft weit hergeholt und es befand sich vielfach ein gemeingefährliches Gesindel unter ihnen. Nichtsdestoweniger wurde diesen Stützen des Kapitalismus von Unternehmern, Polizei und Gerichten der liebevollste Schutz zuteil. Wer diesen Kaiserkränzen das Wort „Streikbrecher“ zurief, mußte ohne Gnade ins Gefängnis wandern; höchstens „Arbeitswilliger“ durfte man sagen. Es bildeten sich Bänden von gewerksmäßigem Streikbrechern. Deren Leiter standen mit den Unternehmern in Verbindung und schickten ihre Leute von Ort zu Ort, wo gerade gestreikt wurde. Am ehrliche Arbeit war es ihnen nicht zu tun, vielmehr darum, eine Zeitlang auf Kosten der Unternehmer ein verhältnismäßig gemächliches Leben führen zu können. Wenn der Streik ausbrach, verschwanden sie wieder und beglühten einen andern bestreikten Unternehmer mit ihrer „Tätigkeit“. Die Unternehmer legten in solchen Fällen gewöhnlich weniger Gewicht darauf, daß die liegegebliebene Arbeit ausgeführt wurde, als darauf, daß das Erscheinen dieser Bänden eine einschüchternde Wirkung auf die kämpfenden ausübte. Dem entsprach auch das Auftreten der Streikbrecher. Unter diesen befanden sich viele, die schon die schlimmsten Vergehen und Verbrechen hinter sich hatten und denen das Streikbrecherleben gefiel, weil es ihnen neben einem verhältnismäßigen Wohlleben noch die Möglichkeit bot, ihren gewalttätigen Neigungen gelegentlich freien Lauf lassen zu dürfen. Viele von ihnen gingen bewaffnet, und die Polizei sah darüber hinweg. Sie mußten es schon arg treiben, bis die Schutzleute dazu kamen, ihnen die Schieß- oder anderen Waffen abzunehmen. Bei einem Streik in Mitteldeutschland riefen die Streikbrecher den Streikenden zu: „Wir Arbeitswilligen dürfen einen totschlagen!“ Und in der Tat, es kam wiederholt vor, daß Streikbrecher Streikende ermordeten und naher vom Gericht wegen „Notwehr“ freigesprochen wurden, obgleich eine solche Mord nicht angenommen worden wäre, wenn es sich um andere Personen gehandelt hätte.

Bei dem herausfordernden Auftreten dieses Gesindels drohten den Arbeitern natürlich oft die Gasse überzuliegen. Ferner wurde es den kämpfenden in jeder Weise erschwert, diejenigen Klassengegner über den Spieghal zu verfolgen, die — oft unter Vorpiegelung falscher Tatsachen — von den Unternehmern herangeholt worden waren, damit sie die Arbeitsplätze der Streikenden einnehmen sollten. Welche dem Streikenden aber Ausgesprochen, der dem Arbeitswilligen ein auch nur etwas hartes Wort sagte! Nach § 153 der Gewerbeordnung konnte dies nur mit Gefängnis „gejährt“ werden.

Aber all das war den Unternehmern noch nicht genug. Um diese Zeit tauchte auch das Wort „Scharfmacher“ auf. Damals trieb ein Freiherr v. Stamm, auch „König Stamm“ genannt, sein Wesen. Er war Großindustrieller in Remhrichen, rühmte sich der persönlichen Freundschaft Wilhelms II. und zeichnete sich durch besonders verbohnten Haß gegen die Arbeiterbewegung aus. Er soll gesagt haben (und zum Glück war es ihm), daß er das nächste Besuchen mit dem Kaiser beabsichtige werde, um diesen gegen die Arbeiter „scharf zu machen“. Die Folge war natürlich, daß Stamm den Spottnamen „Scharfmacher“ erhielt, eine Bezeichnung, die bald auf jeden Häßler der Arbeiterklasse übertragen wurde. Wilhelm II., der in seinen zahlreichen öffentlichen Reden die Arbeiter als „unaterlandlose Gesellen“ und dergleichen bezeichnet hatte, ließ sich denn auch scharfmachen. Was im Werke war, kündigte Wilhelm II. am 11. Juni 1897 an, als er die Hofbesuchung der Anstalten bei Bielefeld beabsichtigte. In einer seiner unermesslichen Reden verkündete er als sein Programm:

Schutz der nationalen Arbeit aller produktiven Stände, Kräftigung eines nationalen Mittelstandes, züchtigste Sicherwerdung jedes Handwerks und die härteste Strafe dem, der sich unterstellt, einem Ausländer, der arbeiten will, an freiwiliger Arbeit zu haben.

Daß es sich um mehr handelte, als um eine der beim verflochtenen Kaiser beliebigen Redebanden, mußte man erkennen, als ein am 11. Dezember 1897 verabschiedetes vertrauliches Rundschreiben des Grafen v. Finkelsberg vom Reichsamt des Innern an die einzelnen Landesregierungen den Weg in die Öffentlichkeit

Vom Wandel der Bauformen

Es ist nicht leicht sich so deutlich der Wandel der Zeiten habieren, als es den Baukünstler. Die Bauformen sind ja immer der fortgeschrittenen Ausdruck gewisser Zeiten in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Mehr oder weniger deutlich trägt jede Zeit ihren eigenen Charakter, an dem sie immer kenntlich ist. Die Urkunden des Baues im Baustil liegen einmal in den wirtschaftlichen Bedürfnissen und sozialen Verhältnissen einer Zeit und zum andern im jeweiligen Stande und Bewußtsein der Menschheit.

Was den Umfang der wirtschaftlichen Bedürfnisse und sozialen Verhältnisse auf den Baustil auswirkt, so können wir diesen zunächst leicht feststellen. In den Zeiten, da Fürsten und Herrscher über ihre Untertanen herrschten und sie gehörig knirschten, liegen die herrliche Paläste, Festungen und Schloßer hundert, und der Adel ist so stolz und sich selbst hochachtet, haben wir noch heute die Reiterburgen, die ein jeder, so er eine ganz kleine Oberhäupter von Menschen in der Niederdrückung ihrer Untertanen ein angenehmes Dasein fand. Das ganze dieser Vorgänge und Schloßer zeigt uns, daß sie der Arbeiter weniger weniger zufrieden waren. Friedrich der Große zum Beispiel ließ sich kein geringes Gemeinwohl des Bauwesens anmerken, aber dieses Benehmen durch mehrere Jahrhunderte völlig ausgeblieben war. Der Schloßbau und die Denkmäler dieser Bauweise prägte einen Baustil, dessen Eigenart immer wieder auffällt.

Der weltliche Fürstlichen Stande die geistlichen darin in nicht nach. Als die weltliche Stande und gleichartig leben oder gar über der weltlichen Stande fand und durch unermessliche Bedürfnisse

land. Darin wurde nachgefragt, ob die bisherigen Gesetze zum Schutze der Streitbrecher ausreichend seien und welche Vorschläge zu einem etwa gewünschten stärkeren Schutze die Landesministerien machen könnten. Nun wurde die Öffentlichkeit unruhig, und es machte sich auch in den Kreisen außerhalb der Arbeiterklasse starke Entrüstung gegen diese Bestrebungen bemerkbar. Daß damit keine Ehre eingeleitet war, sah fast alle Deutschen ein. Wilhelm II. war einer der wenigen, deren Einsicht nicht soweit reichte. Am 16. September 1898 hielt er im Deinhäusern wiederum eine seiner Reden. Diese enthielt folgenden Satz:

Der Schutz der deutschen Arbeit, der Schutz desjenigen, der arbeiten will, ist von mir im vorigen Jahre in der Stadt Bielefeld feierlich versprochen. Das Gesetz, das ich seiner Vollendung und wird den Volkserzürern in diesem Jahre zugehen, worin jeder, er möge sein, wer er will, und heissen, wie er will, der einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollziehen, daran zu hindern versucht oder gar zu einem Streik anreißt, mit Zuchthaus bestraft werden soll. Die Strafe habe ich damals versprochen und ich hoffe, daß das Volk in seinen Vertretern zu mir stehen wird, um unsere nationale Arbeit in dieser Weise, soweit es möglich ist, zu schützen.

Dieser „Gesetzesentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ wurde am 26. Mai 1899 dem Reichstag zugestellt. Darin wurde die in den bisherigen, auch schon reichlich unheimlichen § 153 der Gewerbeordnung enthaltene Strafbestimmung bis auf ein Jahr erhöht, und nur bei milderen Umständen sollte auf Geldstrafe bis zu 1000 M. erkannt werden können. Wer die darin bedrohten Handlungen „gewerksmäßig“ beging, sollte nicht unter drei Monate Gefängnis erhalten. Der § 4 stellte das Streikposten stehen unter Strafe, auch dann, wenn der Streikposten sich nicht das geringste zuzuschaden kommen ließ. Um eine Verletzung des „Schuldbüchels“ herbeizuführen, sollte es nicht notwendig sein, daß die von der im Gesetzesentwurf angenommenen Verletzung, Täuschlichkeit oder Sachbeschädigung Betroffenen einen Strafantrag stellten. Wenn sonst jemand beleidigt wird, so ist zur Strafverfolgung ein Antrag des Beleidigten beim Gericht nötig. Selbst die höchsten Beamten des Reiches bis zum Reichskanzler mußten dies tun, wenn sie gegen einen Beleidiger gerichtliche Vorgehen wollten. Eine Ausnahme machten nur die früheren Fürstlichkeiten. Diesen nahm der Staatsanwalt die Arbeit ab. In diesem Punkte sollten also die elenden Tröpfe, die sich zum Streikbruch hergaben und sonst noch zu den anrüchlichsten Subjekten gehörten, den Fürsten gleichgestellt sein. Es hagelte bald die hartigsten Witze über „Seine Majestät den Streikbrecher“. Wenn aber der Arbeiterstand oder die Ausprägung die Sicherheit des Reiches oder eines Bundesstaates zu gefährden oder eine „gemeine Gefahr für Menschenleben oder für das Eigentum herbeizuführen“ geeignet sei, so sollte auf bis zu drei Jahren Zuchthaus, gegen „Rädelsführer“ auf bis zu fünf Jahren erkannt werden können!

Es war ein einfach haarsträubend, und unsere jüngeren Kollegen können sich gar nicht vorstellen, wie uns damals zumute war. Eine ungeheure Erbitterung bemächtigte sich nicht nur der Arbeiterklasse, sondern darüber hinaus aller anderen rechtlich Denkenden. Die Generalkommission der Gewerkschaften organisierte den Kampf gegen die Zuchthausvorlage, wie sie bald allgemein genannt wurde, und fand bei der Arbeiterklasse eltrigste Unterstützung. Bei den wiederholten Verhandlungen im Reichstag schlugen nicht nur die sozialdemokratischen Abgeordneten eine scharfe Rüge gegen diese Vorlage, sondern auch ein Teil der bürgerlichen Abgeordneten konnte es nicht über sich gewinnen, einem solchen Schandgesetz zuzustimmen. Am 20. November 1899, also vor nur 25 Jahren, lehnte der Reichstag die Zuchthausvorlage ab.

Es hat sich ja nach wie vor gezeigt, daß die Arbeiterklasse auch ohne Zuchthausgesetz schwer genug gebrannt werden kann. Es ist aber unübersehbar geblieben, daß diese Vorlage hauptsächlich nur darum im Reichstag eingebracht worden sei, weil Wilhelm II. sich in Urteilsprüfungen darauf festgelegt hatte. So wurde damals „regiert“! Wir haben gewiß keine Ursache, in unserer heutigen Republik alles wunderbar zu finden, aber angesichts der Bestrebungen, die früheren Zustände wieder herbeizuführen, ist es doch zweckmäßig, solche Erinnerungen anzujuchsen. Damit eine solche Wirtchaft endgültig überwunden bleibe und alle Versuche, dazu zurückzukehren, von vornherein zur Hoffnungslosigkeit verurteilt sind, müssen auch wir Metallarbeiter bei der bevorstehenden Reichstagswahl nur für die sozialistische Partei stimmen, die grundsätzlich und ehrlich dafür sorgt, daß Konarismus und „persönliches Regiment“ in Deutschland ein- für allemal abgetan bleiben.

Die Zeit wird kommen, in der es jeder Arbeiter und jede Arbeiterin als eine Selbstverständlichkeit, als eine Ehrensache anseht, einem Verboade anzugehören, um seine Firmanheit zu erhöhen. Nur den organisierten Arbeitern gehört die Initiative; sie werden die Vornenläufer einer neuen Zeit, die kämpfer für eine bessere und gerechtere Ordnung aller unserer sozialen Beziehungen, sie bilden das Fundament für die Organisation einer Gesellschaft, in der es weder Unterdrückter noch Unterdrückte, weder Ausbeuter noch Ausgebeutete mehr gibt.

Ihrer Gläubigen über riesige Geldmittel verfügte, errichtete sie prächtige, prachtvolle Gotteshäuser. Die herrlichen gotischen Formen mittelalterlicher Kirchen mit ihrer verhältnismäßig mäßigen Innenausstattung fanden in letzter Zeit Gegenmaß zu den durchwegs eklektischen Bauformen, die für die Kirchenbauten das Selbstverständliche waren. Ganz unerkennbar ist der Umfang der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse auf den Baustil zur Zeit der Mitte des 19. Jahrhunderts und der Entwicklung des Handels in den Städten. Das reiche Handwerk und die Gewerkschaften des Handels in den Städten. Das reiche Handwerk und die Gewerkschaften des Handels in den Städten. Das reiche Handwerk und die Gewerkschaften des Handels in den Städten.

Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Neuzeit: zunehmende Industrialisierung, harte Konkurrenz der Bevölkerung und die Produktion der breiten Massenwaren mußten selbstverständlich einen übermäßigen Wandel der Bauformen herbeiführen. Dieser Wandel hat in diesen Tagen seinen Höhepunkt erreicht, er hat sich im Bewußtsein des Volkes und in der Forderung des Lebens befestigt. Eine neue, gesunde Zeit konnte keine einseitigen, in sich geschlossenen Stil hervorbringen. Halb findet man sich noch an das Alte zu klammern, das nun geistlos und ungeschicklich, oft sogar mit ungesundem und ungesunden Material nachgebaut, halb aber man bemüht, Neues zu schaffen, das dem Zweck der wachsenden Zeit entspricht. Es ist klar, daß aus dieser ungesunden Mischung, die nicht den Raum zeigt, sich selbstständig entweder für das

Der Arbeiterurlaub

Für die allgemeine Durchführung eines genügenden Arbeiterurlaubs tritt der Landesgewerbeamt Dr. Koechlin in der „Zeitschrift für Schulgesundheitspflege und soziale Hygiene“ ein. Arbeit und Ruhe, sagt er, gehören auf innigste zusammen. Art, Dauer und Verteilung der Arbeitspausen sind daher für das Arbeitsproblem von auschlaggebender Bedeutung. Neben den längeren Unterbrechungen der Arbeit ist deshalb der Arbeiterurlaub notwendig. Der Organismus soll im Arbeiterurlaub Gelegenheit finden, die Ermüdungsstoffe vollständig abzuführen und die in den Luftwegen abgelagerten Staubmassen abzuführen sowie ausgemommener Stoffe sich zu entledigen. Gerade von diesen Stoffen wissen wir, so schreibt Koechlin, daß unter Umständen eine gewisse Anhäufung im Körper stattfindet, bis schließlich durch eine geringfügige weitere Dosis die Krankheit in die Erscheinung tritt. Der Körper braucht also eine gewisse arbeitsfreie Zeit, um derartige Schädigungen auszugleichen.

Das gleiche gilt für die geistige Beanspruchung sowie für die psychische Ermüdung. Die Monotonie und Last der modernen industriellen Betätigung, soziale Verbitterung und wirtschaftliche Sorgen verjagen die Arbeitsfreude. Demgegenüber wirkt die völlige Entfernung aus der Treitmühle der Berufsarbeit, das Gefühl, einmal völlig freier Herr über sich selbst zu sein, anregend auf den Geist wie die Seele.

Bei Jugendlichen können ferner zum Beispiel die bekannten Skelettförmigkeiten, die Störungen des Herzens und der Sinnesorgane durch zeitweilige völlige Ruhe oder wenigstens Entfernung aus der Arbeit verhindert werden. Auch für die weiblichen Arbeiter ist der Urlaub wegen der stärkeren Reaktionen der Frau auf verschiedene gewerbliche Reize sowie wegen der Eigenart des weiblichen Körpers besonders erforderlich. Auch für die älteren Arbeiter ist der Urlaub wichtig, besonders nötig haben ihn die Staub- und Giftarbeiter.

Als Norm soll grundsätzlich ein Urlaub von acht vollen Tagen gelten. Für die Jugendlichen ist ein Urlaub von 2 bis 4 Wochen erforderlich. Daß die Fortbezahlung des Lohnes nötig ist, wenn der Urlaub seinen Zweck erfüllen soll, ist selbstverständlich.

Belastung durch Sozialversicherung

Die Lasten der Unfall-, Angestellten-, Invaliden- und Krankenversicherung sind 1924 ungefähr um 200 Millionen Goldmark höher als 1913. Hieran entfallen 160 Millionen auf die Arbeiter, 40 Millionen auf die Unternehmer. Die Unfallversicherung fällt zu Lasten der Arbeiter und zu einem Drittel der Arbeitgeber, die Erwerbslosen- und Invalidenversicherung je zur Hälfte auf beide Teile. Die Unfall- und Invalidenversicherung wurde in diesem Jahr auf das Umlageverfahren umgebaut. Die Beitragsätze der Angestelltenversicherung wurden ermäßigt, die der Krankenversicherung dagegen erheblich erhöht. Letztere betragen 1914 4 v. H. des Grundlohnes, gegenwärtig im Reichsdurchschnitt 6 v. H. Bei der Arbeitslosenversicherung ist die obere Grenze der Beiträge 5 v. H. des Grundlohnes, in Wirklichkeit sind aber die Beiträge, besonders dort, wo Beitragsgemeinschaften gegründet wurden, erheblich geringer. Ein gewerblicher Fabrikarbeiter in Berlin trägt eine sozialpolitische Belastung von 6,9 v. H. seines Lohnes, ein landwirtschaftlicher Arbeiter in Brandenburg 6,4 v. H., ein kaufmännischer Angestellter mit einem monatlichen Gehalt von 180 M. 6,4 v. H. Für die Arbeitgeber der drei Gruppen beträgt die Belastung 5, 5, 4 v. H. Für den Arbeiter, der außerdem noch Lohnsteuer und andere soziale Ausgaben entrichten muß, ist die Belastung allerdings sehr hoch und oft brüdend, trotzdem ist sie viel geringer, als man nach den Angriffen der Unternehmer gegen die Sozialversicherung anschmen müßte. Für die Belastung der Unternehmer sind aber die von ihnen in der Regel behaupteten Belastungsziffern vollkommen unzutreffend.

Widerstände gegen den gewerkschaftlichen Werbefilm

Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns hierzu geschrieben:

In Nr. 43 der „Gewerkschafts-Zeitung“ ist in einem Artikel bereits darauf hingewiesen worden, daß demnach ein sozialistischer, gewerkschaftlicher Werbefilm erschienen wäre. Es wurde auch angemerkt, welche Widerstände bisher der Schaffung eines solchen Films entgegenstanden haben. Nun ist der Film erschienen. Es zeigt sich aber, daß damit noch lange nicht alle Widerstände überwunden sind, sondern jetzt erst recht einsetzen.

Zu dem Film selbst ist zu sagen, daß die gestellte Aufgabe allgemein gut gelöst wurde. Der Film stellt inhaltlich, künstlerisch und technisch auf einer bedeutenden Höhe, eine ganze Reihe von Einzelbildern ist sogar hervorragend schön. Nirgendwo eine aufdringliche Stimmungsmache, alle Bilder wirken durchaus natürlich. So hat denn der Film, „Die Schmiede“ ist sein Titel, bei den bisherigen Vorstellungen in Berlin eine zum Teil gerabegte Begeisterung bei dem Arbeiterpublikum gefunden.

Aber gerade die absolut unaufdringliche, jedoch äußerst wirksame Stimmungsmache ist es, was die kapitalistischen Kreise wachgerufen und die neuen Widerstände herausgeholt hat. In Berlin hat man zwar die Aufführung nicht mehr verhindern können. Hier läuft der Film in 17 Theatern. Einige freilich haben versucht, die wirksame Schlussszene wenigstens zu unterbinden. In anderen Orten des Reiches hat das Zensuramt es aber verstanden, den Widerstand der Kinobesitzer daran zu organisieren, daß ganze Landesteile die Aufführung bis jetzt abgelehnt haben. Hier können und sollten die örtlichen Gewerkschaften zusammen mit den Ortsausgängen eingreifen, indem sie von den Kinobesitzern die Aufführung des Films „Die Schmiede“ erzwingen. Es muß das überall möglich sein, da die Mehrheit der Kinobesitzer aus Arbeiterkreisen stammt. Da der Film zudem auch für die Reichstagswahl gute Aufklärungsarbeiten zu leisten vermag, so sollten sich die Gewerkschaften dieses wirksame Werbemittel nicht von bürgerlichen und suchseligen Theaterbesitzern aus der Hand schlagen lassen. Wenn's gar nicht anders geht, müssen sie eigene Vorstellungen veranstalten. Sie würden sich damit zugleich auch im Kampfe gegen den diesjährigen Schund und Hitz im Film ein Verdienst erwerben für das die Arbeiterklasse ihren danken wird.

Alle oder das Neue zu entwickeln, Riich wurde. Unendlich geistige, wie große Sänge wirkende Meistern und geschmeidige Bürgerhäuser, teilweise profanhast mit frisch wirkendem Hier und Jetzt, tragen heute in der Großstadt jene stillose Zeit an. Kulturgruel ist die einzige Bezeichnung für solche Bauwerke, die freilich ausgezeichnet den „Geist“ der innerlich mochieh monarchistischen Zeit widerspiegeln.

Bei einiger Aufmerksamkeit begegnen wir einem merkwürdigen Wandel der Bauformen in der Neuzeit. Zunächst können wir beobachten, daß die auffallendsten Großbauten nicht mehr im Auftrage reicher Fürsten, genugsühiger Geldadprozen und der Kirche errichtet werden. Dausächlich sollen auch jetzt in den Städten Gebäude auf, die ihre Entstehung den wachsenden Bedürfnissen der Wirtschaft, des ständig sich erweiternden kulturellen, wissenschaftlichen, künstlerischen und politischen Lebens verdanken. Kurz gesagt: das, was Einzelnen nutzbar gemachte Gebäude tritt zurück und an seine Stelle treten Häuser, deren Sinn in den Bedürfnissen der Massen, der menschlichen Gemeinschaft begründet ist. Riesige Fabrikanlagen und Kontorhäuser entstehen neben Geschäftshäusern und Warenhäusern mit ausgedehnten Ladenträumen. Wohnhöfe in gewaltigen Ausmaßen werden errichtet und sind doch, wie zum Beispiel der Leipziger Hauptbahnhof, von höchster architektonischer Wirkung. Die Städte legen ihren solg barein, durch schöne Rathäuser, Stadthallen, Schulbauten und ein breites Krankenhaus, Kraftwerk- und Schlachthofanlagen das Stadtbild zu beleben und das Wesen des Gemeindelebens zu betonen. Große Theater und Konzerthallen entstehen, um Freude, Kunst und Schönheit den Massen zu vermitteln. Gewerkschaftshäuser in den großen Städten zeugen von der steigenden Macht der Arbeiterbewegung, die durch die Zusammenfassung der schwachen Kräfte der Einzelnen organisatorische Großtaten zustandebriagt. Städtegenossenschaften und gemeinnützige Bauvereine schaffen an den Stadteripherien Heime, in leuchtendes Grün gebettete Sim-

Gewerkschaftsfrage auf dem kommunistischen Parteitag

Die kommunistische Partei hat ihre Stellung zu den Gewerkschaften insofern geändert, als sie ihre Anhänger nun auffordert: Sine in die Gewerkschaften! Über die eigentlichen Beweggründe dieser Paroleänderung ist bekanntlich ein lebhafter Streit entstanden, der, begreiflicherweise, schwer nach der einen oder anderen Seite zu lösen ist. Sollte man die Klärung nicht dadurch fördern können, daß man die Aussprache der maßgebendsten Versammlung der KPD, nämlich die ihres Parteitages zu Rate zieht? Da dies anzunehmen ist, bringen wir eine Anzahl Redefeststellen, die die Meinung hervortragender Mitglieder der KPD zur Gewerkschaftsfrage wiedergeben. Die Zitate entstammen dem Protokoll des letzten kommunistischen Parteitages in Frankfurt.

Nach dieser Vorauscheidung wenden wir uns dem Parteitagsprotokoll zu. Danach sagte (Seite 335) der Vertreter der Exekutive der KPD, Schwarz, über die Art des Einbringens in die Gewerkschaften:

„Wir müssen zu allen Opfern bereit sein, ja im Notfalle selbst anseiner Lust zu Wankeln, zu illegalen Methoden, zur Täuschung des Gewerkschaftsleitenden, die Wahrheit verbergen, um nur in die Gewerkschaft einzubringen, dort zu bleiben und dort kommunistische Arbeit zu leisten. Welcher Opportunismus! Wird die Opposition ausruhen. Wagt ihr aber, Genossen, wer dieses opportunistische Zitat geschrieben hat? — Lenin. Alles Genosse über die Kompromisse ist zwecklos...“

Welche Aufgabe sollen nun die in die Gewerkschaften einbringenden wie überhaupt alle Mitglieder der KPD erfüllen? Diese Frage wird wohl am kündigsten beantwortet durch Wiedergabe der wesentlichen Stelle der in der Gewerkschaftsfrage (Seite 302) angenommenen Entschließung:

„Die erfahrenen Unorganisierten sind durch die Betriebsräte industriegruppenweise zusammenzufassen, aus ihrer Mitte sind Delegierte zu wählen, die in engen Kontakt mit den revolutionären Betriebsleitenden der gewerkschaftlich organisierten treten und beschließen, ob und wie die Kämpfe zu führen sind...“

Wenn wir diese Sätze richtig zu lesen verstehen, dann sollen die Nichtorganisierten, also die Leute, die der Gewerkschaft gleichgültig, wenn nicht gar feindsüchtig gegenüberstehen, schließlich aber für sie keine Opfer zu bringen für nötig erachten, über die Kämpfe der Arbeiterchaft mit beschließen. Das ist ein Standpunkt, der der Beachtung der gewerkschaftlich vereinigten Arbeiterschaft wert ist. Für uns Metallarbeiter ist es besonders bemerkenswert, was der Referent der Mittelgruppe des Parteitages über den Metallarbeiter-Verband und seinen Kasseler Verbandstag zu berichten wußte. Er sagte (Seite 323) unter anderem:

„Es sind an uns eine Reihe einzelner Fragen herangetreten. Eine der wichtigsten war die Frage der Spaltung des Metallarbeiterverbandes, die Anfang Februar plötzlich an uns herantrat. Der AVB hatte ein Ultimatum gestellt, das auf diesem Verbandstag bereits zur Durchführung kommen sollte, und wir mußten deshalb Antwort geben, was zu tun sei. Damals ist die sehr einfache und klare Antwort einmütig von der Zentrale gegeben worden, daß, weil die Vorbereitung der Spaltung des Metallarbeiterverbandes noch nicht durchgeführt, die Massen noch nicht mobilisiert, neue Organe noch nicht geschaffen sind, die Antwort auf dem Metallarbeiterverbandstag nur die sein kann, daß wir insoweit der mangelhaften Vorbereitung nicht die Spaltung auf uns nehmen können. Wir gingen sogar soweit: Selbst wenn die 140 Delegierten auf dem Metallarbeiterverbandstag ausgesprochen werden sollten, so sind dies 140 Einzelstimmen. Andernfalls hätten wir uns einfach von den Metallarbeitermassen getrennt.“

Seltener: auf dem Kasseler Verbandstag wurde der Amsterdamer Mehrheit von kommunistischen Rednern vorgeworfen, sie, die Mehrheit, arbeite auf eine Spaltung des Verbandes hin, während ihr, der kommunistischen Opposition, die Einheit über alles ginge. Und nun wird einige Monate später von einem, der es wissen muß, kund und zu wissen getan, daß die Kommunisten die Spaltung nur deswegen nicht vollführt haben, weil dazu die Vorbereitungsarbeit noch nicht vollendet war. Wir sind überzeugt, daß die wortsührenden Vertreter der kommunistischen Abordnung unseres Verbandstages die erstbeste Gelegenheit ergreifen werden, um den Kasseler Widerspruch zu erklären, damit sich nicht die Meinung verallgemeinert, sie hätte nach der Art und Weise gehandelt, die in dem ersten Zitat dieses Aufsatzes gezeichnet wird. Hierbei sollte gleich gesagt werden, was das für ein Ultimatum gewesen ist, das der AVB dem Verbandstag zur Durchführung gestellt hat. Auch diese hohe Geschichte heißt der Bekanntmachung. Oder sollte die kommunistische Abordnung in Kassel der Erkenntnis gewesen sein, die auf dem Parteitag der KPD ein Mitglied der Zentrale (S. 328) so ausdrückt:

„Genossen, wir müssen die Perletheorie, die darauf hinausläuft, neue Gewerkschaften zu schaffen, nicht nur ablehnen, weil die Eroberung leichter ist, sondern noch aus einem viel ernstern Grunde. Wenn wir die Zustimmung zum Austritt geben, das heißt wenn wir dulden, daß neue Organisationen in irgend welcher Form geschaffen werden, dann geben wir damit zu, daß die neuen Gewerkschaften besser sind als die alten und mehr für ihre Mitglieder erreichen werden. Wir machen so gewissermaßen aus der Not eine Tugend. Wir übernehmen die Verantwortung für die von den Reformisten herbeigeführte Zersplitterung und Schwächung der Arbeiter und stellen gleichzeitig den Massen

einen Wechsel aus, der in drei bis vier Monaten fällig wird. Und ich sage euch: je größer der Zustrom zu diesen Gewerkschaften anfänglich sein würde, um so katastrophaler wäre der unvermeidliche Zusammenbruch. Die Kartei darf deshalb auf keinen Fall ihre Zustimmung zu solchen Neugründungen geben oder sie auch nur schweigend dulden. Die Erfahrungen von 1919 und 1920 sollten allen genügen, um uns vor solchen Torheiten zu bewahren.“

Nicht viel anders lautet das Urteil, das (Seite 327) über die der KPD sehr befreundete Union gefällt wird: „So hat die Union genau so verfahren und noch schlimlicher verfahren wie die freien Gewerkschaften.“ Der Zustand in den kommunistischen Gewerkschaften wird (Seite 328) so geschildert:

„Kommen die Führer der kleinen Organisationen in Schwierigkeiten, so suchen sie nicht die objektiven Ursachen dieser Schwierigkeiten zu ergründen und die Fehler und Mängel bei sich selbst zu erkennen... Der Sinn der revolutionären (selbständigen) Gewerkschaft besteht nach diesen Genossen also nicht darin, Kämpfe gegen das Kapital zu führen oder in diesen Kämpfen sich gegenseitig zu unterstützen, sondern sich gegenseitig die Mitglieder abspenstig zu machen.“

Über die Art, wie kommunistische oder, wenn man will, „revolutionäre“ Gewerkschaften zustande kommen, offenbart das Protokoll (Seite 327):

„Wir haben weiter einen Fall Dyrlich in Deutschland, der etwas unerhörtes darstellt. Hier in Deutschland ist vor kurzem ein Gewerkschaftsring der Berufsvereine entstanden. An dessen Spitze steht ein Angestellter des Verbandes der Rasenkisten und Deiger, Dyrlich. Dieser Mann hat eine neue Organisation geschaffen, für deren Gründung eine der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossene holländische Organisation das Geld gegeben hat. Leute, die in ihrem eigenen Lande nichts wurden, glauben die Mission zu haben, neue Organisationen gründen zu helfen.“

Nach alledem dürfte es nicht wundernehmen, daß die kommunistischen Arbeiter keinen Gefallen an der Gewerkschaft finden und massenhaft davonlaufen. In welchem Maße, befragt das Protokoll:

„Genosse Redsky, der Leiter unserer Berliner Gewerkschafts-Abteilung, wußte auf dem letzten Parteitag der Berlin-Brandenburgischen Organisation (Ende März) folgende merkwürdige Tatsache mitzuteilen: Als er vor einem Jahr seine Tätigkeit aufnahm, waren 70 v. H. der Parteimitglieder gewerkschaftlich organisiert, heute nur noch 20 bis 30 v. H.“

Es möchte uns fast scheinen, als ob in der KPD, die doch nicht müde wird, den freien Gewerkschaften Parolen, Lehren und Vorwürfe zu erteilen, eine ible Verwirrung herrsche. Unsere Ansicht wird erhärtet von einem Mitgliede der Zentrale, das (Seite 325) meinte: „Diese große Konfusion rührt nur daher, daß unsere Partei bis jetzt noch nicht den tiefen Sinn der Gewerkschaftsarbeit begriffen hat.“

Das, um mit dem Mitgliede der Zentrale zu reden, die KPD „noch nicht den tiefen Sinn der Gewerkschaftsarbeit begriffen hat“, bestätigt unseres Erachtens der Referent der Mittelgruppe (Seite 318) mit folgenden Worten:

„Unsere Grundeinstellung zur Gewerkschaftspolitik muß sein, daß wir die Frage der Massenorganisation als die Frage der Erhebung der politischen Macht sehen... Wer die Gewerkschaften behandelt als Institute zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, macht reformistische Fehler, wer die Gewerkschaftsfrage behandelt als eine selbständige Frage der Arbeiterbewegung an sich, der wird einen schweren syndikalistischen Fehler machen.“

Über den Zweck der Weimarer Konferenz, die angeblich eine aus der Arbeiterchaft hervorgehende Veranstaltung sein soll, wird (Seite 321) geschrieben:

„Man durfte sich von dieser Konferenz nicht mehr versprechen, als daß es gelang, einen Teil der sozialdemokratischen Arbeiter in Widerspruch mit ihrer Führung zu bringen auf einer Plattform, die von uns entworfen. Aber dieses Ergebnis mußten wir auswerten, wir mußten dieses Schicksal von der Sozialdemokratie fördern. Aber das wurde nicht einheitlich als Einheitsfront von unten weitergeführt. Die Frage wurde falsch gestellt, verzerrt, es kam eine Spaltungslinie heraus, die dann die Verwirrung in unsere Reihen hineintrug... Ohne Festlegung des Termins, ohne konkrete Angaben waren es Arbeitsanweisungen, um die Arbeiter zu mobilisieren in den Betrieben, in den Gewerkschaften, um durch unsere Fraktionen eine breite Opposition in den Gewerkschaften aufzurufen und mit dieser weiten Opposition einen Schritt gegen die Bürokratie weiter zu machen. Soweit der Gedanke dieses Kongresses die Idee der Sammlung der Opposition gegen die Gewerkschaftsbürokratie enthielt, war er richtig. Aber daß man dann eine Spaltungslinie daraus machte, hat uns als Partei erst in Schwierigkeiten gebracht. Jetzt im Augenblick des Rückzugskampfes, der noch nicht genügenden Verbindungen mit den Massen, in diesem Augenblick kann man die Spaltungslinie nicht stellen.“

Da es des Zitierens nun wohl genug sein dürfte, sehen wir davon ab, die Stelle, die von „dem Quatsch von der Industrieorganisation“ handelt, sowie manche andere lehrreiche Äußerung wiederzugeben. Auch haben wir es möglichst unterlassen, die verschiedenen Äußerungen mit kritischen Bemerkungen zu begleiten, weil wir der Meinung sind, daß die kommunistischen Redner über die Gewerkschaftsfrage, wie sie sie auffassen, mit einer Deutlichkeit gesprochen haben, die schwerlich zu verstärken ist.

Entschlüsse des sozialpolitischen Kongresses

Über diesen internationalen Kongress ist in unserer Nr. 42 ausführlich berichtet worden. Er hat eine Reihe wichtiger Entschlüsse gefaßt, wovon wir heute das Wesentlichste nachtragen. In der Entschließung über den Achtstundentag heißt es:

„Der Kongress, daß der Achtstundentag den Gesundheitszustand der Arbeitnehmer gebietet, ihre Familienleben günstig beeinflusst, ihnen größere Möglichkeit zu allgemeiner und beruflicher Ausbildung gewährt, daß Gefühl ihres Eigenwertes verstärkt und ihnen so als Bürger und Produzenten erhöhte Bedeutung verliehen hat, daß nachweislich der Achtstundentag, weit entfernt, die Produktion automatisch zu vermindern, sie sogar zu steigern geeignet ist, besonders dort, wo sie mit einer methodischen Arbeitsorganisation und einer Vervollständigung der Arbeitsmittel Hand in Hand geht... fordert der Kongress, in der Überzeugung, daß die Aufrechterhaltung des Achtstundentages in allen Ländern am besten durch eine internationale vertragliche Bindung der Regierungen gewährleistet wird, die sofortige und vorbehaltlose Ratifikation des Washingtoner Abkommens durch alle Staaten, die Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation sind. Er fordert ferner die Einführung einer entsprechenden Gesetzgebung in den übrigen Staaten... Ebenso verlangt er, daß durch ein internationales Abkommen die Höchstzahl der Arbeitsstunden, der wöchentliche Ruhetag und die Urlaube für die Arbeiterschaft geregelt werden.“

In Sachen der Betriebsräte steht der Kongress laut seiner Entschließung auf dem Standpunkt, daß es zweckmäßig sei, die Arbeiter sowohl im Rahmen ihres Berufes als auch ihres Landes zur Mitarbeit an der methodischen Betriebsführung im Interesse einer Hebung der Produktion heranzuziehen. Er verlangt daher, daß in den Unternehmungen auf geistlichem Wege und unter Anpassung an die

besonderen Verhältnisse der einzelnen Länder Vertretungen der Arbeiter und Angehörigen geschaffen werden, mit der Aufgabe, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften über die Ausführung der Arbeitsverträge zu wachen und an der Ausarbeitung und Einhaltung der Fabrikordnungen in allen Fragen mitzumachen, die sich insbesondere auf die Befreiung der Arbeiter, der Urlaube und der Ferien, auf die Einhaltung der Mindestlöhne, die in den Tarifverträgen festgelegt sind, auf die Methoden der Lohnzahlung, auf Maßnahmen der Hygiene, der Unfallverhütung und Berufserkrankung, auf die technische Einrichtung und Verbesserung der Betriebe und auf die industrielle und technische Erziehung beziehen...“

In der Entschließung für die Arbeitslosenfürsorge betont der Kongress die Notwendigkeit, mit Hilfe der Regierungen im Sinne des Ergebnisses der Konferenzen der Internationalen Arbeitsorganisation die verschiedenen Maßnahmen weiter auszugestalten, die bis jetzt durch die öffentlichen Arbeitsnachweise und Berufsberatungsstellen, durch Versicherungsanstalten und durch eine zweckmäßigere Verteilung der öffentlichen Arbeiten unter Beachtung auf den Kreislauf des Wirtschaftslebens zur Bekämpfung des Arbeitslosigkeit ergriffen worden sind.

Der Kongress erachtet die Anhänger des sozialen Fortschrittes in allen Ländern, die Vertretung von Arbeitslosigkeit durch allgemeine wirtschaftliche Maßnahmen sowie insbesondere dadurch anzustreben, daß von den Regierungen die Befolgung einer Politik zur Stabilisierung des allgemeinen Preisniveaus nach den Beschläüssen der internationalen Konferenz in Genoa im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas gefordert wird...“

Wer sind die falsche Gewerkschaft?

Erfreuliche Berichte melden aus Italien, daß ein Bundesrat aus den falschen Gewerkschaften eingeleitet hat und daß diese Bewegung von Tag zu Tag an Stärke gewinnt. Die falschen Mitglieder. Der Zeitpunkt, wo diese Arbeit hart zusammengeknüpft sein wird, ist vielleicht nicht fern. Eine Zerrüttung der falschen Gewerkschaften noch während der Herrschaft des Faschismus kann allerdings dank der den Machthabern zur Verfügung stehenden Zwangsmittel nicht erfolgen. Der Schriftsteller Del Vecchio berichtet: Der Ausgang aus den freien und katholischen in die falschen Gewerkschaften war am größten erstens unter den landwirtschaftlichen Arbeitern, sowohl den Lohnarbeitern wie den Halbpächtern und Kleinpächtern, zweitens unter den Arbeitern der staatlich gestützten Industrie, der Seefahrt und in den Betrieben von politischer Bedeutung, drittens Hafenarbeitern, die einer monopolistischen Arbeiterschaft gegenüberstehen, viertens unter den Arbeitern und Angestellten der Selbstverwaltungen und unter einem Teil der Staatsarbeiter. Den falschen Gewerkschaften strömten zu: erstens die von der Staatsmacht abhängigen oder an dem Staatsapparat Teilnehmenden, zweitens solche, denen die Disziplin der alten Organisation unangenehm war (Landarbeiter) oder gar ihren Interessen widersprach (alle Demobilisierten). Von den zwei Millionen falscher Gewerkschaftsmitglieder entfallen auf die Landarbeiter 750 000, auf Privatangestellte 200 000, Post, Transport, Häfen 135 000 Mitglieder. Die Angehörigen der freien Berufe, Lehrer, Schauspieler usw., sind falschlich organisiert an Zahl 150 000. Den freien Gewerkschaften sind zunächst treu geblieben die freie Industrie (mechanische, chemische, Elektricitäts-, Textilindustrie, Bauwesen). Außerdem Gruppen mit gewerkschaftlichen Überlieferungen (graphische Industrie) und die Eisenbahner. Letztere sind der Form nach unabhängig, praktisch aber mit den freien Gewerkschaften verbunden. Allerdings sind später auch die freien Industriearbeiter in großen Scharen den falschen Gewerkschaften beigetreten, sie handelten unter dem Zwang der Unternehmer, welche nur falschlich organisierte einstellen wollten. Deshalb konnten die falschen Gewerkschaften im Frühjahr 1924 640 000 Industriearbeiter unter ihren Mitgliedern zählen. Zudem dieser Zwang in der letzten Zeit unter dem Druck der öffentlichen Meinung gelodert wurde, können jetzt diese Arbeitergruppen und auch die Transportarbeiter in die freien Gewerkschaften zurückkehren. Bei den katholischen Gewerkschaften verbleiben die landwirtschaftlichen Kleinpächter und die Arbeiterinnen der Textilindustrie.

Der Nahrungsmittelverbrauch der Arbeiter

In den einzelnen Ländern ist sehr verschieden. Auf Grund einer Umfrage des Internationalen Arbeitsamtes wurden aus den einzelnen Ländern die typischen Lebensmittel bezogen. Verbrauchsmengen für eine durchschnittliche Arbeiterfamilie mitgeteilt. Ähnlich sind die Verbrauchsgewohnheiten der Arbeiterschaft in Frankreich und Belgien, in Südeuropa, in Mitteleuropa, in den skandinavischen Ländern und Holland, in den Vereinigten Staaten und Kanada. Diese Ländergruppen wurden demzufolge vom Internationalen Arbeitsamt zusammenfassend behandelt. Der englische Arbeiter hat in Bezug auf seinen Verbrauch eine Sonderstellung. Die Lebensgewohnheiten in manchen überseeischen Ländern wie in Indien und China eignen sich nicht zu einem Vergleich mit denen der europäischen Arbeiterschaft.

Wie aus den Tabellen hervorgeht, ist der Brotverbrauch am größten in Frankreich und Belgien und in Mitteleuropa. In den übrigen Gruppen beträgt der Brotverbrauch im Vergleich zu Frankreich und Belgien nur die Hälfte, in Skandinavien, den Vereinigten Staaten und Kanada noch weniger. Mehr dagegen wird am meisten in den skandinavischen und holländischen Arbeiterfamilien, dann der Reihe nach in England, Südeuropa und in den Vereinigten Staaten verbraucht. In Frankreich, Belgien und Mitteleuropa wird nur ein Viertel bis ein Fünftel der von den übrigen Gruppen verbrauchten Mengen Mehl verzehrt. Butter ist das Nahrungsmittel der reichen Länder, Mittel- und Südeuropa sind am Verbrauch mit weniger als der Hälfte der übrigen Gruppen beteiligt. Ungefährt ist der Kartoffelverbrauch, der in Mitteleuropa am größten ist, in den übrigen Gruppen mit Ausnahme Frankreichs und Belgiens viel geringer, nur die Hälfte oder ein Drittel des mitteleuropäischen Verbrauchs. Der Milchverbrauch der skandinavischen Länder und Hollands ist dreier bis viermal, ihr Käseverbrauch dreimal so hoch wie der der anderen Gruppen, die untereinander keine sehr hohen Unterschiede aufweisen. Der Fleischverbrauch der Arbeiterfamilien ist am größten in Amerika und Kanada, ihnen folgen England, Frankreich und Belgien; Mitteleuropa, Skandinavien und Holland verzehren verhältnismäßig sehr wenig Fleisch. In Bezug auf Eier wird in Mitteleuropa im Verhältnis zu den anderen europäischen Ländergruppen ein Viertel, im Verhältnis zu Amerika ein Sechstel verbraucht. Für den Zucker sehen England und die skandinavischen Staaten an der Spitze. Mitteleuropa verbraucht weniger als die Hälfte. Der Kaffeeverbrauch ist groß in Mitteleuropa, Frankreich und Belgien; in England und Südeuropa ist er verschwindend gering. Der Teeverbrauch kommt lediglich im Budget der englischen Arbeiterfamilien, hier aber in verhältnismäßig sehr hohen Mengen in Frage.

Zahl euch nicht nach der Schweiz loden!

Von der Diskussionsgruppe Arbon unseres schweizerischen Bundesverbandes erhalten wir ein Schreiben, worin Fälle dargelegt werden, wie sich deutsche Arbeiter durch große Verzerrungen — 150 Fr. Stundenlohn, Wohnungszuschuß, Frühstück und 1000 Fr. Entschädigung bei vorzeitiger Entlassung — von deutschen Firmen, die in der Schweiz „Schweizerwaren“ erzeugen, als auch von schweizerischen Fabrikanten haben verlocken lassen. Die letztgültigen Protokolle sind natürlich schwer über Ohr gebunden worden. Dann erst haben sie den schweizerischen Metallarbeiterverband gefunden und hier jämmerliche Klageklagen angebracht. Da, wie es scheint, in der deutschen Arbeiterschaft die Dummheit nicht alle wird, könnte sich die Gutmütigkeit der schweizerischen Kollegen alle werden und die Leute, die nicht hören wollen, ihrem selbstverdienenden Schlaf überlassen. Jeder Kollege merke sich ein für allemal: Niemals eine Stellung im Auslande annehmen, ohne sich bei dem dortigen Verband erkundigt zu haben. Diese Vorkehrungsmaßnahme ist vor allem geboten, wenn die suchende Firma eine deutsche ist. Die deutschen Unternehmer sind im Auslande eher noch drehtiger als dasheim.

Rückblick auf die Aussperrung der Böllinger Hütte

Nach heftigstem hiesigen Kampfe hat die Belegschaft der Böllinger Hütte den ihr aufgezwungenen Kampf am 3. November beendet...

Die Firma Bölling, als das einzige deutsche Werk der Schwerindustrie im Saargebiet, hatte lange vor der Aussperrung ihre wahren Absichten zum Ausbruch gebracht...

Die Stellung anderer Verbände war durch die Haltung Böllings gegeben. Es kam für uns weder eine Verlängerung der Arbeitszeit noch eine Verlängerung des Lohnes in Frage...

Die Wiedereinstellung der Arbeiter erfolgt so bald wie möglich in vollem Umfang, jedoch nach den Betriebsmöglichkeiten.

Die Stilllegung des Werkes gilt nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses.

Für die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter der Böllinger Hütte ist vom 3. November 1924 ab maßgebend der Mantelvertrag...

Die Löhne richten sich ab 3. November 1924 nach dem Lohnstarif, wie er zur Zeit bei den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes der Saarindustrie auf dem Gebiete der Eisen- und Stahlwerke in Anwendung ist.

Beide Parteien werden für eine weitere Ermäßigung der Kohlenpreise für die Dünnwerke eintreten.

Nicht alle Forderungen wurden erfüllt, doch in der Arbeitszeit hat die Belegschaft den vollen Sieg davongetragen. In der Lohnhöhe wurde eine Steigerung erzielt...

Außerdem liegt es mit der sozialen Lage. Die Belegschaft hatte zu erwarten, ob es nun des Kampfes auch wert sei. Die Entscheidung ist gefallen, und zwar so, daß die Bedingungen angenommen wurden...

Wenn dem moralischen Sieg, den die Belegschaft für sich machen kann, hat sie auf der anderen Seite auch weiteren Erfolg für die Gesamtarbeiterschaft des Saargebietes erzielt...

§ 1. Unter Annahme der Grundzüge und Bedingungen des von der allgemeinen Konferenz der internationalen Arbeiterorganisationen des Ruhrgebietes vom 21. November 1919 beschlossenen Entwurfs eines Übereinkommens wird die regelmäßige Arbeitszeit für die in gewerblichen Betrieben des Saargebietes beschäftigten Personen täglich auf 8 Stunden oder wöchentlich 48 Stunden festgesetzt.

§ 2. Vorübergehende oder dauernde Verstärkungen von dieser Art dürfen nur dann als Mitglieder der Regierungskommission für das Ruhrgebiet nach erfolgter Beratung der Regierungskommission und nach Anhörung der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen erstellt werden.

§ 3. Gewerbetreibende, welche diesen Vorschriften über den in ihrer Ausübung erlassenen Vorschriften gesetzwidrig handeln, werden mit den in § 140 des Gewerbegesetzes angeordneten Strafen bestraft.

Verstößt aus diese Verordnung auch nicht in allen Fällen, so müssen wir aber doch feststellen, daß sie gegenüber dem bisherigen Zustand einen Fortschritt bedeutet, der nicht nur zu rühmen, wie es auf diesem Gebiete im Ruhrgebiet der Fall ist...

Wie hoch ist die Zahl der Beschäftigten? Die Arbeiterbevölkerung beträgt sich auf 21 Millionen Personen, die Gesamtbevölkerung auf 19 Millionen, die Gesamtbevölkerung auf 18 Millionen (gegen 14,5 Millionen im 1914), die Gesamtbevölkerung auf 15 Millionen. Der Anstieg der Bevölkerung wurde nach einer früheren Schätzung 1,6 Millionen angegeben...

E. D. Morel

Nicht ist uns seit langem so nahe gegangen, wie der Tod Morels. Und wie uns, dürfte es Millionen Sozialisten und Friedensfreunden, besonders aber den Eingekerkerten des schwarzen Erdbebens gehen...

Doch die eigentliche Kampfbahn begann für Morel mit dem Weltkrieg. Was scherten ihn die englischen Kriegsgesetze und das elendeste Geleit von dem angegriffenen Vaterland?

Lange Zeit steht Morel allein. Erst nach dem Kriege fand er viele andere bürgerliche Friedenskämpfer den Weg zur unabhängigen Arbeiterpartei.

Rum ist dieser wackere Mann, erst 51 Jahre alt, vom Tode befreit, der Mann, der ein vollgültiger Beweis für Robert Ingersolls Wort ist, daß der Agitator mächtiger ist als der Rädelsführer...

Das Unternehmertum schnürt für die Wahl

Wenn es noch eines Hinweises bedürfte, um was es sich bei der Reichstagswahl handelt, der Wetteiler des Großindustriellen v. Borjig genügt.

Die Reichstagswahlen am 7. Dezember d. J. werden für die künftige Wirtschaftsentwicklung von ganz besonderer Bedeutung sein. Noch mehr als bei früheren Wahlen wird darauf Bedacht genommen werden müssen, daß vor allem solche Abgestandene gewählt werden, die wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und den Wünschen der Wirtschaftskreislaufes entgegenkommen...

Fragen nicht die Unternehmer, das Geschäft leide unter Preisrückgang und die Produktion sei der hohen Löhne wegen zu teuer? Das ist eine eitel Mühseligkeit, beweist einmal mehr v. Borjigs Mitteilung, daß Firmen schon 3 und 4 % je Kopf der Belegschaft für die Bekämpfung verschiedener Krankheiten gezahlt haben.

Strenge und Arbeitslosigkeit. Im Reichsarchivblatt wird festgestellt, daß die Krankheitsfälle der letzten Zeit ungewöhnlich hoch sind, bei einzelnen Klassen ist die Zahl der Kranken zweier- bis dreimal so hoch wie im Sommer des Vorjahres...

Schriftenschau

Die Arbeit, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Heft 4 ist erschienen. Sie bringt unter anderem einen Aufsatz von Th. Lepart: „Gewerkschaften und Reichswirtschaftsrat“...

Metallarbeiter-Notizkalender 1925. Preis 80 Pfennig. Bestellungen nimmt jede Ortsverwaltung und jeder Vertrauensmann entgegen.

Mitteilung des Verlags Schilde & Co. Der Vorstand des Metallarbeiter-Notizkalenders ist im Gange. Die Bestellungen werden der Reihe nach erledigt...

Mitteilungen des Vorstandes. Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart. Mit Sonntag den 30. Nov. ist der 49. Wochenbeitrag für die Zeit vom 30. November bis 6. Dezember 1924 fällig.

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit + bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. In den nicht als Reisegeldaborte bezeichneten Verwaltungsstellen hat das Ansuchen der Bevollmächtigten und Kassierer in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden zu unterbleiben.

Mitglieder, die auf die Reise gehen, müssen entweder mit ihren Beiträgen auf dem laufenden sein oder einen Stundenschein der bisherigen Verwaltungsstelle in ihrem Mitgliedsbuch haben.

Die Mitglieder werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, die naturwissenschaftlichen Bestimmungen zu beachten, da die Nichtbeachtung dieser Bestimmungen für die Mitglieder Angelegenheiten im Gefolge hat.

Die mit dem Jahre 1924 zu Ende gehenden Mitgliedsbücher sind bis spätestens 1. Dezember 1924 dem Beitragskassierer oder der Ortsverwaltung zur Feststellung der Buchnummer und Bestellung des neuen Buches vorzulegen.

Wiederholt ist dem Vorstand mitgeteilt worden, daß sich ein Teil der Mitglieder weigert, die Extramarken zur Führung der Beitragsbucher für den nächsten Monat zu lösen. Es wird deshalb erneut darauf aufmerksam gemacht, daß diese 50-Pf.-Marken den Charakter eines Extrabeitrages gemäß § 8 Abs. 6 des Statuts haben...

Die örtlichen Verwaltungen sind von uns angewiesen, den Extrabeitrag von allen dazu verpflichteten Mitgliedern unanstandslos einzuziehen oder bei Erhebung einer Verbandsunterstützung von derselben in Abzug zu bringen. Es liegt daher im Interesse aller gut Entschien der Extrabeitrag verpflichteten Mitglieder, ihre Mitgliedsbücher rechtzeitig in Ordnung zu bringen.

Anforderung zur Rechtfertigung: Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhaltene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungsstellen, denen die Adresse des Aufgeforderten bekannt ist, wollen diese an den Vorstand melden.

Auf Antrag der Bezirksleitung Königsberg: Der Schlosser Friedrich Schumann, geb. am 6. April 1899 zu Tralichten, eingetretten am 1. März 1923 in Darkehmen, Mitgliedsbuch Nr. 4.726018, wegen Unterbringung.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Bremen: Der Schmied Ferdinand Sigmund, geb. am 18. Juli 1897 zu Stadthagen, Mitgliedsbuch Nr. 5.88442, wegen Schädigung der Verbandsinteressen. Stuttgart, Köhlstraße 16. Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! Suzug ist fernzuhalten: von Formern und Stickerarbeitern nach Kosenheim (St. L. Stambel & Co.) D.; von Hammerwerkmeistern nach Gummerbach (Gebrüder Hofler, Kaiserstr. 2); von Metallarbeitern nach Psnig i. G. (Adolf Lamprecht, Gmallesweg) D. A. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; b. St. = Streit in Stadt; St. = Streit; R. = Maßregelung; Ri. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Verbandsanzeigen: Klagen. 1. Geschäftsführer zum sofortigen Eintritt gesucht. Bewerber müssen regeverwand, mit der gesamten Arbeiterbewegung vertraut und mindestens 6 Jahre hiesigen Mitglieds des Verbandes sein...